Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht 60 Pf. monatl., 1.80 Mk. vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt 75 Pf. monatl., 2.25 Mk. vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 1.80 Mk., monatl. 1.20 Mk. ausschl. Postbestellgeld. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich. Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme Johannisgasse 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis 10 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Tel.-Anschl. { 14 692 (Redaktionsschluß) 14 693 14 694

Tel.-Anschl. { 14 692 (Redaktionsschluß) 14 693 14 694

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr Gesamtauflage 5 Mk. p. Tausend exkl. Postgebühr. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Druck und Verlag von Fischer & Fürsten. Inhaber: Paul Fürsten.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 12. Montag, den 8. Januar 1912. 106. Jahrgang.

Die vorliegende Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Das Wichtigste.

* Lord Lonsdale sucht in öffentlichen Aeußerungen der feindseligen Stimmung, die zwischen Deutschland und England Platz gegriffen hat, unter Berufung auf Kaiser Wilhelm entgegenzuwirken. (S. bes. Art.)

* Auf dem kleinen Kreuzer „Stettin" ist ein eisernes Spind mit geheimen Dienstvorschriften erbrochen worden. (S. Dtschs. R.)

* Der Streik im Kohlenbecken von Mons gewinnt an Ausdehnung. (S. Ausl.)

* Die Verhandlungen im Streik in der Baumwollindustrie von Lancashire sind ohne Erfolg geblieben. (S. Ausl.)

* Ein offiziöses türkisches Communiqué dementiert die Gerüchte von bevorstehenden Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei. (S. Ausl.)

* Die Mächte haben die Bahnlinie von Peking nach der See besetzen lassen. (Siehe bes. Art.)

* Präsident Taft hat eine Proklamation unterzeichnet, nach der Neumexiko als 47. Staat in die Union aufgenommen wird.

* Eine Kältewelle fordert in Amerika viele Opfer an Menschenleben. (S. Tagesch.)

Vor der Entscheidung.

Nur wenige Tage trennen uns vom Termin der Wahl. In allen Parteilagern rüstet man sich zum letzten Kampfe. Und nicht zum mindesten nimmt in unserem Leipzig der Wahlkampf an Intensität zu. Ist doch sogar die Sozialdemokratie von ihrer ursprünglichen Stellungnahme, den bürgerlichen Wahlversammlungen fern zu bleiben, abgekommen, um zu versuchen, ihr Banner wieder auf Leipzigs Türmen aufzuhissen, das die einmütige nationale Begeisterung des Jahres 1907 hinweggefegt hat; hoffentlich für alle Zeiten! Und der par ordre du moufti den Leipziger Genossen von Frankfurt am Main hergesandte Kandidat Herr Cohen zieht alle Register, um sein Spiel zum guten Ende zu führen. Zwar kann er nicht umhin, die Republik als sein politisches Ideal hinzustellen. Immerhin schon ein starkes Stück, wenn man die zerrütteten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in dem republikanischen „fortschrittlichen" Frankreich und die Korruption schlimmster Art im „freien" Amerika mit unserem „rückständigen" geordneten, sozialpolitisch an der Spitze aller Kulturnationen marschierenden Deutschland vergleicht. Aber der sozialdemokratische Kandidat flötet auch in den süßesten Tönen von seiner und seiner Genossen Vaterlandsliebe. Das ist ja alles nicht richtig, so hört man jetzt, daß die Sozialdemokratie erst im Sommer unserer Reichsregierung in ihrem schweren Ringen mit dem Ausland in den Rücken gefallen ist und so Deutschlands Position zu schwächen versuchte. Und daß sich die Herren bei Angelegenheiten, die Deutschland mit irgendeiner außerdeutschen Macht auszukämpfen hat, immer von vornherein auf die Gegenseite stellen und deren Argumente verteidigen, wie es noch Bebel am letzten Tage des verflossenen Reichstages in bezug auf die deutsch-englischen Differenzen im Sommer getan, das besteht natürlich nur in der Einbildung der bürgerlichen Parteien!

Aber gerade diese Taktik der Genossen, die sich mit einem Male so manierlich zu gebärden suchen, ist doppelt gefährlich; nebenbei gesagt auch gerade hier in Leipzig doppelt unehrlich. Denn gerade hier in Leipzig gießt das Organ der Sozialdemokratie, die „Leipziger Volkszeitung", jahraus, jahrein täglich ihre Schmutzkübel über alles, was nur irgendwie vaterländischen Zwecken dient. Hier ist die Heimat der Ultraradikalen, die den großen Umsturz und die Revolution lieber heute als morgen nach Deutschlands Gauen verpflanzen möchten, und die der Arbeiterbevölkerung systematisch die Freude an ihrem Vaterlande vergiften und vergällen. Nein! wir müssen es entschieden ablehnen, der Sozialdemokratie, zu deren führenden Blättern eine „Leipziger Volkszeitung" gehört, vaterländische Gesinnung zuerkennen zu können. Aber jetzt, vor der Wahl sind den Genossen eben alle Mittel recht.

Das Leipziger Bürgertum wird aber, so hoffen wir zuversichtlich, am kommenden Freitag die richtige Antwort auf die Sirenenklänge aus dem roten Lager geben. Den roten Feind niederzustimmen und dafür zu sorgen, daß unser Leipzig weiter von einem bürgerlichen Kandidaten im Reichstag vertreten wird, das ist die unabweisbare Pflicht eines jeden nationalen Wählers. Wer sich dieser Pflicht entzieht, und aus Verärgerung oder gar aus Interessenlosigkeit und Bequemlichkeit seiner Wahlpflicht nicht genügt, der begeht eine Sünde wider den heiligen Geist des Deutschtums, einen Verrat an seinem Vaterlande!

—th.

*

Junck und Cohen.

** **Leipzig**, 8. Januar.

Der Kampf, der am Freitag durch das Erscheinen des nationalliberalen Reichstagskandidaten Justizrat Dr. Junck in der Versammlung seines sozialdemokratischen Gegenkandidaten Kaufmann Cohen-Frankfurt in der Alberthalle des Kristallpalastes begonnen hatte, wurde am gestrigen Sonntag in der von den Nationalliberalen einberufenen Wählerversammlung fortgesetzt. Der Tag ist von ganz besonderer Bedeutung, insofern, als es der sozialdemokratische Kandidat zum ersten Male während dieses Wahlkampfes gewagt hat, trotz des generellen Parteiverbotes in eine von den bürgerlichen Parteien einberufene Versammlung zu gehen und dort seinen Standpunkt zu vertreten. Und nicht allein Cohen hat diesem Verbote zum Trotz in der Versammlung das Wort ergriffen, sondern auch ein sozialdemokratischer Arbeitersekretär. Beide machten, assistiert von einem großen Aufgebot von Genossen, die den nötigen Resonanzboden abgeben mußten, von der freien Redezeit ausgiebigen Gebrauch. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Anwesenden harrten in der großen Ueberzahl bis nach 4 Uhr nachmittags aus. Die Genossen nahmen die Gelegenheit wahr, öfters recht viel Tumult zu machen, so daß es verschiedentlich unmöglich war, die Redner zu verstehen. Besonders störend wurde das Herumreichen von sozialdemokratischen Wahlplakaten empfunden, und zwar möchten wir ausdrücklich feststellen, daß diese Störung von dem sozialdemokratischen Tische ihren Ausgang nahm, von dem aus später zur Ruhe gemahnt wurde. Im übrigen war die lange Rede Cohens gestern auf einen viel milderen Ton abgestimmt als am Freitag.

Die Versammlung wurde pünktlich um 11 Uhr eröffnet und dem Referenten

Justizrat Dr. Junck

das Wort erteilt zu seinem Vortrage über das Thema: „Wozu kämpfen wir?" Der Redner bekannte eingangs seiner Rede, daß die Versammlung am Freitag infolge ihrer Geschlossenheit auf ihn einen großen Eindruck gemacht habe, daß aber gerade darin die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie liege, deren Stimmenzahl unter den etwa 12 Millionen Wählern des Reiches zirka 3 bis 4 Millionen ausmache, doch befänden sich allerdings unter diesen eine große Anzahl von Mitläufern, die jedenfalls auch bei dieser Wahl wieder sehr bedeutend sein werde. Dann beschäftigte sich der Redner mit der Wahlagitation, die seitens der rechtsstehenden bürgerlichen Parteien jetzt betrieben werde, und die in persönliche Angriffe auf seine Person ausgeartet sei. Er führte diese Angriffe in recht humoristischer Weise ad absurdum. In diesem Wahlkampfe gäbe es nur drei Möglichkeiten des Ergebnisses. Entweder es siegt der sozialdemokratische Kandidat im ersten Wahlgange, oder er selbst siege auch gleich auf den ersten Streich, oder es komme zwischen ihm und seinem sozialdemokratischen Gegner zu einer Stichwahl. Deshalb schon sollten die bürgerlichen Parteien den jetzigen Wahlkampf doch mit möglichster Würde und Anstand führen, denn sie würden ja doch im Falle einer Stichwahl ihm seine Stimme geben müssen. Der Kampf von rechts suche die Vernichtung des Liberalismus, vor der er unbedingt warnen müsse. Das deutsche Volk würde durch diese Politik in das „rote Meer" geführt, und er müsse dabei an die Worte des Fürsten Bülow erinnern, der einmal gesagt habe, es könne sehr leicht passieren, daß dem deutschen Volke der Moses fehlt, der es aus dem roten Meere herausführt. Der Redner besprach dann die

Stichwahlparole des Herrn von Heydebrand

mit ihren drei Fragen, zu denen er sich ausführlich äußerte. Zu der Verfassungsfrage erklärte er, daß er sehr wohl für einen Ausbau der Verfassung zu haben sei, aber die nationalliberale Partei werde stets zu Kaiser und Reich halten. Auch sei er nicht, wie die zweite Frage dieser Stichwahlparole es verlange, für jede Maßnahme gegen die Sozialdemokratie zu haben, sondern nur für Maßnahmen, die der Würde des Reiches entsprechen. Die Landwirtschaft müsse geschützt werden, aber nicht in dem Sinne des Herrn von Heydebrand, der den lückenlosen Zolltarif fordere. Zur Wahlparole des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg übergehend, erklärte der Redner, mit ihr wohl einverstanden sein zu können. Zur Sozialpolitik sich äußernd, wiederholte der Redner das bereits am Freitag Ausgesprochene, daß es nämlich ein Triumph unserer Sozialpolitik sei, daß nunmehr auch das Ausland, insbesondere England, der unsrigen nachfolgt. Zum Schluß kommend, führte er aus, daß wir um den monarchischen Staat kämpfen gegen die Gegner, die daran rütteln wollen, ferner um eine maßvolle Sozialpolitik, um ein Wirtschaftssystem, das nicht einzelnen Klassen des Volkes diene.

Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen, dann erteilte der Versammlungsleiter

dem sozialdemokratischen Kandidaten Cohen

das Wort zu seinen Ausführungen. Dieser befaßte sich eingangs zunächst mit wirtschaftspolitischen Fragen, die er als den Kernpunkt im politischen Kampfe bezeichnete, und zwar zunächst mit der Schutzzollpolitik, die sein Gegner aufrecht zu erhalten wünsche. Der Redner erging sich in historischen Betrachtungen, die seine Behauptungen beweisen sollten. Er habe persönlich nichts gegen Dr. Junck, müsse ihn aber für die Sünden der nationalliberalen Partei in vollem Umfange verantwortlich machen, wie er es auch bei ihm tue. Redner befaßte sich dann mit der Landwirtschaft, bekämpfte die Einfuhrscheine und lobte die sozialistische Freihandelsidee. Dann wandte sich der Redner zu der Lohnfrage; er bestritt ganz energisch die Richtigkeit der von Calwer aufgestellten Berechnungen, daß die Löhne um 38 Prozent gestiegen seien; es folgten die Verelendungstheorie und das Wohnungselend. Die Sozialpolitik des Reiches suchte er dadurch zu bekämpfen, daß er ihr unehrliche Motive unterschob. Weiterhin bekannte er sich als Republikaner. Den Nationalliberalen und den Konservativen warf er dann vor, sie hätten im Sommer die Absicht gehabt, Deutschland in einen Krieg zu stürzen. Die Bestrebungen der Nationalliberalen, die Ministerverantwortlichkeit einzuführen, seien nicht ernst zu nehmen; sonst hätte Dr. Junck als aufrechter Mann damals nicht zum Fürsten Bülow gehen dürfen. Zum Schluß kam dann das fällige Loblied auf die Sozialdemokratie, in dem der Redner die Sozialdemokraten als die Nachfolger der großen Philosophen feierte.

Von fortwährenden Störungen unterbrochen, wies dann Rechtsanwalt Dr. Zöphel die Ausführungen des Vorredners zurück, war aber infolge der Unruhe schwer verständlich. Nach ihm sprach dann Fabrikbesitzer Schubert-Chemnitz für den Deutschen Nationalverband. Es sprachen dann Seminardirektor Dr. Pabst, der erklärte, daß er von der Agitation der rechtsstehenden Parteien sehr enttäuscht gewesen sei, da sie erstens nichts Neues vorgebracht hätten, und zweitens sich in persönliche Angriffe gegen Dr. Junck ergangen wären. Auch er trat für Dr. Junck ein. Tischlermeister Fischer wollte statt der vielen Reden Taten sehen, und erklärte, daß die Arbeiter, wenn sie Qualitätsarbeiten machen wollten, auch für eine richtige Lehrlingsausbildung sorgen sollten. Redner richtete an den Kandidaten die Anfrage, wie er sich stellen würde, wenn nicht er, sondern Wangemann in die Stichwahl mit Cohen käme. (Großes Gelächter.) Kaufmann Busch sprach für die Handlungsgehilfen, die es ablehnen müßten, den Kaufmann Cohen zu wählen, da die Sozialdemokratie zuviel an ihnen gesündigt habe. Ebenso sei es mit Wangemann, der als Kandidat der Konservativen Antisemiten usw. für die Handlungsgehilfen nicht in Frage käme.

Nach diesem Debatteredner ergriff noch einmal

Justizrat Dr. Junck

das Wort zu längeren Ausführungen. Er lehnte eine Antwort auf die Frage des Tischlermeisters Fischer, die wohl nicht ernst gemeint sei, ab. Sich dann zu Cohen wendend, betonte er, daß man Cohens Ausführungen heute mit größerer Ruhe angehört habe, als ihm dies am Freitag in dessen Versammlung beschieden gewesen sei. Nur einmal, als Cohen gezögert habe, sich zur Republik zu bekennen, habe er ihn unterbrochen. Dann ging der Redner des näheren auf den Besuch bei Bülow ein und betonte, daß es ein hoher Grad subalterner Auffassung sei, wenn ein Politiker sich nicht mit einem Staatsmann unter vier Augen unterhalten dürfte. Unerhört sei es, wenn man in der Aufforderung des ersten Staatsmannes zu einer Unterredung ihm etwas Verdächtigendes unterschieben wollte. Er hätte mit dem Fürsten Bülow über die Interpellationsanträge und über die Ministerverantwortlichkeit gesprochen. In der ersteren Frage habe sich der Fürst zustimmend erklärt, sich aber der Ministerverantwortlichkeit gegenüber ablehnend verhalten. Den Vorwurf mangelnder Energie seitens der Nationalliberalen in der Verfassungsfrage müsse er zurückweisen, es sei eben unmöglich gewesen, die Anträge im Plenum durchzubringen, weil die Mehrheitsparteien nicht mehr dieselben gewesen seien, wie früher. Aber auf die Anträge der Sozialdemokraten einzugehen, die haben wollten, daß der Reichstag über Krieg und Frieden zu beschließen habe, sei doch unmöglich. Der sozialdemokratische Kandidat hat nicht das rechte Empfinden für das deutsche Volk. (Bei diesen Worten erhob sich ein großer Skandal. Rufe wie Gemeinheit, Frechheit, Pfui ertönten und währten mehrere Minuten lang.) In Fragen der Zollpolitik nehme er naturgemäß eine ganz andere Stellung ein als Cohen, da er die Frage vom nationalen Standpunkte aus betrachte, und darauf sei Cohen nicht eingegangen. Redner stellte dann fest, daß Cohen heute anders gesprochen habe als am Freitag, er habe eben einen anderen Eindruck erwecken wollen. Zu dem philosophischen Exkurs Cohens am Schlusse seiner Rede übergehend, erinnerte er daran, daß Fichte einst das Wort von der alles verzehrenden Flamme der Liebe zum Vaterland gesprochen habe; er müsse sich energisch dagegen verwahren, daß Fichte für die Sozialdemokratie in Anspruch genommen wird. (Lebender Beifall.) Die Sozialpolitik bezeichnete er als die beste Waffe für die Erhaltung des Staates, und daran werde die sozialdemokratische Welle zerschellen.

Diese Rede Juncks wurde mit kaum endenwollendem Beifall aufgenommen. Nach dem sozialdemokratischen Arbeitersekretär Mylau erhielt

der sozialdemokratische Kandidat Cohen

noch einmal das Wort. Wenn Junck erkläre, die Landwirtschaft brauche den Zollschutz, so müsse er erklären, daß ihn 80 Proz. der Bauern nicht brauchen. In bezug auf Marokko solle man uns doch nicht einreden, daß unsere nationale Ehre in Gefahr gewesen wäre. Die Zunahme der Sparkassenguthaben, die Junck erwähnt hatte, wurden als schief dargestellt bezeichnet. Er verwahrte sich dann persönlich entschieden gegen den Vorwurf des Mangels von nationaler Gesinnung; es gäbe auch keine Partei, die ihr Vaterland so liebe, wie die Sozialdemokratie, und sie wäre gern bereit, das deutsche Vaterland zu verteidigen.

Dann erhielt Justizrat Dr. Junck das Schlußwort, nachdem noch vorher kurz ein Redner der rechtsstehenden Parteien gesprochen hatte, der ebenfalls es zurückwies, daß Pfarrer Wangemann ein Kandidat der Antisemiten sei. Dr. Junck erklärte u. a., ihn habe das glühende Bekenntnis Cohens zur Vaterlandsliebe erfreut, und er nähme an, daß es Cohen damit persönlich ernst sei; er hoffe, daß auch Cohens Parteifreunde dazukommen möchten. Was die sozialdemokratische Sozialpolitik anlange, so hätten die übertriebenen Forderungen der Partei dem deutschen Volke eine Mehrbelastung von über zwei Milliarden gebracht, von denen über 700 Millionen auf die Arbeiter gefallen wären. Wenn man auf sozialdemokratischer Seite sage, durch die Reichsversicherungsordnung seien nur Bettelpfennige geboten worden, so müsse er sagen, daß ihre Führer den Arbeitern ja noch nicht einmal diese Bettelpfennige gegönnt hätten, denn sonst hätten sie dieses Gesetz wie die früheren nicht abgelehnt.

Darauf wurde die Versammlung um 4¼ Uhr geschlossen.

Sozialdemokratische Kampfesweise.

(Von unserer Dresdener Redaktion.)

Die Feiertage hatten auch hier eine kurze Pause in der Fülle der einander jagenden Wahlversammlungen eintreten lassen. Nun ist der Wahlkampf wieder im besten Gange.

Charakteristisch für alle diese Versammlungen seitens der verschiedenen bürgerlichen Parteien ist das einmütige Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, deren wahres Angesicht rücksichtslose Kennzeichnung findet. Und diese erfreuliche Einigkeit haben die Herren Genossen dankenswerterweise selbst mit veranlaßt. Es bedurfte hierzu keiner besonderen Mittel. Die Siegesfanfaren, die die sozialistischen Blätter und speziell die „Volkszeitung" gerade während dieses Wahlkampfes täglich anstimmt, haben doch vielen zu denken gegeben, die sich bisher noch im Stadium der Unschlüssigkeit befanden. Die Teilnahme an den Wahlversammlungen seitens der Bürger- und Wählerschaft ist eine erfreulich allgemeine. Dadurch war es ermöglicht, daß der üble Eindruck, den die hochtönenden, von allen möglichen utopistischen Versprechungen für den „kleinen Mann" gewürzten Phrasen der sozialdemokratischen Wahlagitatoren hinterlassen mußten, auch Eingang fand in Kreisen und Familien, denen infolge bisher mangelnden Interesses diese Erkenntnis versagt blieb.

Hierzu kommt, daß die Art und Weise, wie die sozialistischen Agitatoren den Wahlkampf hier und da durchführen möchten, mit Ausnahme bei den „Ueberzeugten", allgemeinen Widerwillen erregt. So wird u. a. von einer Wahlversammlung, die der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei Dr. Kloeppel in Altkadity abhielt, folgendes berichtet: „Eine größere Anzahl sozialdemokratischer Arbeiter, die gehorsam dem Parteigebot der Versammlung ferngeblieben waren, hatten sich vor dem Gasthof aufgestellt und erwarteten hier den Kandidaten Dr. Kloeppel. Als er erschien, formierten sie einen Trupp und begleiteten ihn, abwechselnd sozialdemokratische Lieder singend und Stichelreden führend. Als einer der Männer den Kandidaten am Arm ergriff, bedeutete ihm dieser: Sagen könne jeder, was er wolle, aber angreifen lasse er sich nicht, worauf aus den Reihen der „Zielbewußten" das Kommando kam: „Nicht angreifen, loslassen." Diese Leibtruppe marschierte bis Pieschen mit."

Und da hatten noch vor kurzer Zeit im Landtag sozialistische Volksvertreter den Mut, anläßlich der Debatte über den Terrorismus der sozialdemokratischen Partei Andersgesinnten gegenüber in Worten größter Entrüstung von Lüge und Verleumdung zu sprechen.

Diese und ähnliche Vorgänge haben natürlich auch hier nicht verfehlt, Eindruck zu machen, und es kann nicht genug Gelegenheit genommen werden, gerade jetzt auf ein solches Gebaren diejenigen Kreise aufmerksam zu machen, die immer noch von dieser Partei alles Gute erhoffen.

Auf der anderen Seite genügt ein Blick in das führende Organ der sächsischen Sozialdemokratie, um täglich von neuem den Tiefstand konstatieren zu müssen, der auch die schriftliche Kampfesweise dieser Partei kennzeichnet.

In einer Stadtverordnetensitzung vom 28. Dezember v. J. war es zu einem Zwischenfall gekommen anläßlich eines Antrags auf Schluß der Debatte, als sich eben noch ein sozialdemokratischer Redner zum Wort gemeldet hatte. Die Genossen beschuldigten den Vorsitzenden und die anderen Parteien mit diesen Schlußanträgen zielbewußt und absichtlich die Redefreiheit der sozialdemokratischen Mitglieder des Kollegiums beschränken zu wollen. Auf einen Ordnungsruf des Vorsitzenden riefen mehrere sozialdemokratische Stadtverordnete: Wir pfeifen auf Ihren Ordnungsruf!

Ist dieser Vorgang an und für sich schon bezeichnend, so übertrifft ein Kommentar des hiesigen Sozialistenblattes zu demselben wohl alles, was man in den letzten Tagen an Beweisen von Ungezogenheit und Pöbelhaftigkeit in seinen Spalten zu finden gewohnt war. Die „Dresdner Volkszeitung" schreibt nämlich: „Wenn ein Foxterrier eine Ratte fängt und sie totbeißt, so schüttelt er sich darauf beim Anblick der toten Ratte vor innerem Ekel. Wenn man die Handlungsweise des Dr. Graupner (Stadtv. Dr. Graupner

Nationale Wähler tut eure Pflicht am 12. Januar!

SLUB Wir führen Wissen.